

Fallzahlen in den Nachbarkreisen

Inzidenzwert im Eichsfeld steigt auf 197,0.

Northeim. Elf Neuinfektionen mit dem Corona-Virus meldet der Landkreis Northeim am 25. März. Somit wurden seit Beginn der Pandemie 1.697 Corona-Infektionen bekannt. 1.551 Personen gelten mittlerweile als genesen. Der Inzidenzwert liegt bei 46,9.

Aktuell sind im Landkreis Northeim laut Kenntnis der Verwaltung 109 Menschen akut infiziert. Mit oder an dem Virus verstorben sind 37 Personen.

Über einen Anstieg der Infektionszahlen um 18 informiert der Landkreis Goslar. Demnach sind mit Stand 25. März insgesamt 1.840 Covid-19-Erkrankungen verzeichnet. 1.582 Personen sind wieder ge-

nesen. Der Inzidenzwert beträgt 31,9. Derzeit sind 134 akute Infektionen bekannt. 124 Menschen sind im Zusammenhang mit Corona verstorben.

43 Neuinfektionen in den letzten 24 Stunden lassen im Landkreis Eichsfeld die 7-Tages-Inzidenz auf 197,0 ansteigen. Ebenso steigt die Anzahl, der stationär zu behandelnden Covid-19-Patienten auf 31, wovon inzwischen 13 Patienten mit schweren Verläufen zu versorgen sind. An oder mit Corona verstorben sind 182 (+1) Menschen.

Die bisherige Gesamtzahl der Infizierten beträgt 4.780. Akut infiziert sind laut Behörde aktuell 470 Personen im Kreis Eichsfeld. *kie*

LESERBRIEF

Wer Tiere liebt, schützt den Gipskarst

Zum Beitrag „Ein Junggeselle in schroffer Steilwand“:

Der Beitrag „Ein Junggeselle in schroffer Steilwand“ vom 25.3.2021 will glauben machen, die Gipsindustrie trage zum Naturschutz bei, indem sie seltenen Arten wie dem Uhu einen Lebensraum biete. Weit gefehlt! Wenn der Uhu im Gipsbruch leben müsste, würde er kläglich verhungern. Für ein künstliches Nistplatzangebot brauchen wir keine Gipsindustrie! Im Gegenteil: Mit jedem Hektar Gipskarst, der der Gipsindustrie zum Opfer fällt, schwindet das Nahrungsangebot für unsere größte Eulenart und damit auch die Aussicht auf eine erfolgreiche Brut. Die Formulierung, der Uhu streife immer wieder durch die Abbaustätten und die „dortige vielfältige Natur“, ist falsch. Die Artenvielfalt in den Abbaustätten geht gegen Null. Es ist einzig der vielfältigen Natur in den von der Industrie bedrohten Naturschutzgebieten zu verdanken, dass sich der Uhu für die Steilwände in den Gipsbrüchen interessiert – noch interessiert. Die weitere Vernichtung des Gipskarstes, wie sie der Industrie vorschwebt, wird auch dieser Art endgültig die Lebensgrundlage entziehen. Herr Schridde bleibt die Auskunft schuldig, welche Wildtierarten in seinen

Steinbrüchen angeblich leben. Tatsächlich ist es keine einzige. Die Tiere gehen hinein in den Bruch und wieder hinaus, weil sie dort nichts finden.

Falsch ist ferner die Aussage, die Gipsbrüche würden Strukturreichtum schaffen. Vielmehr zerstören sie den ungleich größeren Strukturreichtum des Karsts. Die „durch die Abbautätigkeit hervorgerufene Dynamik“ kann in aktiven Steinbrüchen auch keine spezialisierten Arten begünstigen. Z.B. die Rotbauchunke, die bei Tattenborn künstlich angesiedelt wurde, kann frühestens in einem stillgelegten Steinbruch einen Lebensraum finden. Wesentlich effektiver zum Schutz auch dieser Art wären aber Renaturierungsmaßnahmen in der intakten Gipskarstlandschaft. Der Begriff „Renaturierung“ wird im Beitrag falsch verwendet, denn diese ist ausschließlich dort möglich, wo die natürlichen Oberflächenstrukturen erhalten sind, also z.B. auf Äckern, Wiesen oder in Fichtenforsten. Dringend notwendig wäre die Renaturierung von Höhlen, die durch die Gipsindustrie beeinträchtigt wurden und die deshalb seit Jahrzehnten nicht für den Naturschutz zur Verfügung stehen.

Dr. Hildegard Rupp, Celle (ehemals Altkreis Osterode)

WIR GRATULIEREN

OSTERODE
Zum 80. Geburtstag Bernd-Friedrich Baaske

GITTELDE
Zum 71. Geburtstag Hans-Werner Meyer

PÖHLDE
Zum 88. Geburtstag Ilse Harriehausen im Landhaus am Rotenberg

BAD LAUTERBERG
Zum 81. Geburtstag Annegert Heck im Haus Abendfrieden

LIEBE LESERINNEN UND LESER; wenn Sie das 70. Lebensjahr erreicht haben, veröffentlichen wir auf Ihren Wunsch und mit Ihrem Einverständnis kostenlos Ihr Geburtsdatum. Rufen Sie an unter Telefon: 05522/3170-301 oder schreiben Sie eine E-Mail an: redaktion-harzkurier@funkemedien.de.

HARZ KURIER

FUNK Harz Kurier GmbH
Geschäftsführer: Bernd Spieß, Claas Schmedtje, Christoph Rüh, Andreas Schoo, Michael Wüller
Überparteiliche Heimatzeitung für den Landkreis Göttingen, Zentralredaktion Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten.
Chefredaktion: Dr. Kerstin Loehr und Christian Klose, **Stellvertretender Chefredakteur:** Harald Likus
Verantwortliche Redakteure:
Mantelteil: Andreas Schweiger (Wirtschaft), Martin Jasper (Kultur), Frank Rieseberg (Sport) (alle 38100 Braunschweig, Hintern Brüdem 23).
Lokalteil: Rainer Härtl (Redaktionsleiter) (37520 Osterode, Gipsmühlenweg 2-4)
Chef vom Dienst (CvD): Rainer Härtl
Verantwortlich für Anzeigen und Vertrieb: Bernd Spieß (37520 Osterode, Gipsmühlenweg 2-4).
Verlag: 37520 Osterode, Gipsmühlenweg 2-4, Telefon (0 55 22) 31 70 - 0, Fax (0 55 22) 3170 - 390. E-Mail: zentrale@harzkurier.de.

Druck: FUNKE Niedersachsen Druckzentrum GmbH, Christian-Pommer-Straße 45, 38112 Braunschweig.
Gültige Anzeigenpreisleiste: Nr. 45 vom 1. 1. 2021.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens keine Ersatzansprüche.
Anzeigenentwürfe des Verlages sind urheberrechtlich geschützt. Übernahme nur nach Absprache und Gebühr.
Monatlicher Abonnement-Preis Print-Ausgabe 39,40 Euro inkl. Zustellung und inkl. gesetzl. MwSt.,
Zustellung per Post 46,50 Euro; Digitalpaket 26,90 Euro inkl. gesetzl. MwSt., für Abonnenten der Print-Ausgabe 8,90 Euro inkl. gesetzl. MwSt.
Unsere Abonnementspreise und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen können im Online-Service-Center unter aboservice.harzkurier.de oder im Harz Kurier Service-Center eingesehen werden. Auf Wunsch schicken wir sie Ihnen auch zu.
Freitags mit „prisma“, dem TV-Magazin des Harzkurier.
Internet: www.harzkurier.de.

BUND-Gutachten: Ein weiterer Gipsabbau im Südharz ist unnötig

BUND Niedersachsen stellt Alternativen zum Naturgips vor. Grüne im Landtag stellen Anfrage an die Regierung zur Ausweitung von weiteren Vorranggebieten Gips im LROP.

Von Martin Baumgartner

Osterode. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) kämpft gegen eine geplante Ausweitung des Gipsabbaus im Südharz. In einer Online-Pressekonferenz hat der BUND jetzt ein Gutachten vorgestellt, wie ein Ausstieg aus dem Naturgipsabbau bis spätestens 2045 möglich sei und dass trotz des beschlossenen Kohle-Ausstiegs und den damit sinkenden Mengen an sogenannten REA-Gipsen ausreichend Alternativen zum Naturgips zur Verfügung stünden. Erstellt wurde es von Holger Alwast, Ingenieur für Technischen Umweltschutz und ausgewiesener Experte im Bereich Abfall- und Energiewirtschaft aus Berlin.

BUND-Landesgeschäftsführerin Susanne Gerstner sagt: „Der BUND fordert die niedersächsische Landesregierung auf, die geplante Ausweitung der Vorranggebiete zu stoppen und endlich Verantwortung für den Schutz dieser einmaligen Landschaft zu übernehmen. Angesichts des dramatischen Artensterbens müssen endlich die Weichen in Richtung Ausstieg aus dem Naturgipsabbau sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung für Alternativen gestellt werden.“ Nur so könnten im Südharz langfristige Zukunftsperspektiven für Bewohner der Region und deren Arbeitsplätze geschaffen werden.

Naturgips sei ein begehrter Baustoff – zugleich aber auch ein endlicher Rohstoff, betonen die Naturschützer. Naturgipsvorkommen liegen häufig in Gebieten mit wertvoller und unersetzbarer Tier- und Artenvielfalt, so zum Beispiel im europaweit einmaligen Gipskarst im Südharz. „Dort droht die Gipsindustrie eine Jahrtausende lang gewachsene Landschaft unwiederbringlich zu zerstören“, warnt der BUND. Um zu vermeiden, dass die letzten Naturgipsvorräte im Südharz zu Gipskartonplatten werden, müsse jetzt auf zukunftsweisende Alternativen umgestellt werden.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung werde immer wieder als Argument für eine notwendige Steigerung des Naturgipsabbaus genutzt. Doch ein weiterer Gipsabbau ist laut BUND unnötig, wie das Gutachten deutlich mache. Demzufolge müssten alternative Baustoffe wie Lehm, Holz und andere nachwachsende Rohstoffe stärker gefördert werden, um den Gipsverbrauch generell zu reduzieren. Vor allem fordert der BUND dringend verbesserte Regelungen für das Recycling von Chemieprodukten und Gipsprodukten: Mindestens 50 Prozent der Gipsprodukte wären wiederverwendbar. In Deutschland werden jedoch bisher weniger als zwei Prozent der Gipsprodukte recycelt, der überwiegende Teil landet als mineralischer Abfall auf der Deponie.

Um den Gipsverbrauch deutlich zu reduzieren und die Naturgipsvorräte zu schützen, müssen in Niedersachsen schnellstmöglich die erforderlichen Strukturen für eine Gips-Kreislaufwirtschaft aufgebaut und Abfallgesetze angepasst werden, fordern die Naturschützer. Der Einsatz von Recyclingprodukten muss vereinfacht werden. Das dient gleichermaßen dem Natur- und dem Klimaschutz. „Eine künftige Klimaneutralität erfordert nachhaltige und rohstoffschonende Lieferketten von der Gipsbereitstellung über die Gipsverarbeitungssektoren bis hin zu den Abnehmerbranchen und Verbrauchern“, hebt Holger Alwast hervor, der das BUND-Gutachten erstellt hat.



Gipsabbau Lichtenstein bei Osterode.

FOTO: STEPHAN RÖHL / BUND

ren bis hin zu den Abnehmerbranchen und Verbrauchern“, hebt Holger Alwast hervor, der das BUND-Gutachten erstellt hat.

„Bereits der Gipskompromiss 2002 hätte ein Signal an die Gipsindustrie sein müssen, viel stärker in das Recycling und die Alternativgipse einzusteigen“, betont BUND-Gipskarstexperte Friedhart Knolle. „Diese Chance wurde nicht genutzt und der Raubbau an der Südharzlandschaft weiter vorangetrieben.“ Nunmehr habe der BUND herausgearbeitet, dass alle technischen Möglichkeiten vorliegen, den sogenannten Gipsfrieden einzuhalten. Knolle: „Es ist jetzt an der Politik und der Gipsindustrie, den Strukturwandel einzuleiten und den Naturgipsabbau auslaufen zu lassen.“



Holger Alwast. FOTO: UNTERNEHMEN

„Eine künftige Klimaneutralität erfordert nachhaltige und rohstoffschonende Lieferketten von der Gipsbereitstellung über die Gipsverarbeitung bis hin zu den Abnehmerbranchen und Verbrauchern.“

Holger Alwast, Gutachter

In Deutschland liegt der Gipsbedarf laut Umweltbundesamt bei circa 10 Millionen Tonnen pro Jahr, davon stammen 6 Millionen aus REA-Gips aus Rauchgas-Entschwefelungs-Anlagen aus der Kohle- oder Öl-Verbrennung. Die restlichen 4 Millionen Tonnen machen Naturgips aus. Davon werden laut BUND mehr als eine Million Tonnen pro Jahr exportiert. Mit dem Wegfall von REA-Gips aus der Kohleverstromung würde eine Gips-Lücke von etwa 4 Millionen Tonnen entstehen.

Der Wegfall von REA-Gips erhöht den Druck vor allem im Südharz: Dort findet mit 2,5 Millionen Tonnen pro Jahr der größte Naturgips- und Naturverbrauch Deutschlands statt. Knapp 85 Prozent des

aktuellen REA-Gips-Aufkommens wird bisher für die Produktion von Gipswandbauplatten eingesetzt. Naturgips findet dagegen vor allem bei Produkten aus gebranntem Gips wie Füllgipsen (Putze, Spachtel, usw.) oder Spezialgipsen Anwendung. Naturgips kann laut BUND durch Gipsrecycling und Chemiegipse nahezu vollständig ersetzt werden.

Grüne stellen Anfrage an die Landesregierung zum Gipsabbau

Die Grünen im Landtag haben eine kleine Anfrage an die Landesregierung zum Entwurf des LROP gestellt. Darin fragen sie: „Wie steht Umweltminister Lies zu den Plänen für weitere 40 ha Gipsabbau im Landkreis Göttingen?“ Christian Meyer, naturschutzpolitischer Sprecher der Grünen, sagt: „Anscheinend hat die SPD/CDU-Landesregierung die Forderungen der Rohstoffindustrie eins zu eins erfüllt und in den Entwurf des Raumordnungsprogramms übernommen. Zusätzlich wird das grundsätzliche Verbot des Gipsabbaus gestrichen. 40 weitere Hektar Gipskarst sollen zerstört werden. Schon jetzt sind auf niedersächsischer Seite des Harzes fast 50 Prozent der weltbedeutenden Gipskarstlandschaft abgebaut.“

Der Umweltminister hatte gegenüber unserer Zeitung gesagt, der sogenannte Gips-Kompromiss „muss auch heute noch gültig sein und respektiert werden. Deswegen werde ich sehr dafür, dass wir die Erweiterung des Gipsabbaus aus der jetzigen Ausweitung des Landesraumordnungsprogramms rausnehmen und stattdessen zusammenfinden zu einem Dialog – mit Naturschutz und Wirtschaft und überlegen, wie der Gipsabbau perspektivisch weiterentwickelt werden kann.“

Das CDU-geführte Landwirtschaftsministerium hatte in einer Antwort auf unsere Anfrage zum LROP erklärt, der LROP-Entwurf wurde „unter Beteiligung der thematisch berührten Ministerien erarbeitet“. Auch das Umweltministerium war eingebunden.

Zum Gips-Kompromiss schreibt das Landwirtschaftsministerium: „Seither sind allerdings rund 20 Jahre vergangen, in denen sich insbesondere auch Rahmenbedingungen geändert haben. Hier ist vor allem auf den bevorstehenden Kohleausstieg, den dadurch entfallenden REA-Gips und die daraus resultierenden Auswirkungen auf den Bedarf an Naturgips-Abbau hinzuweisen. Vor diesem Hintergrund schlägt der LROP-Entwurf kleinflächige Erweiterungen der VRR-Gips im Südharz vor.“

Auf unsere Frage nach der Festlegung der als Vorranggebiete für Gipsabbau ausgewiesenen Flächen stellt das Ministerium jedoch fest, dass im Südharz „besonders hochwertige Gipslagerstätten vorliegen, aus denen Spezialgipse (z.B. Formgipse, Füller und Gipse für die Medizintechnik) hergestellt werden. Deshalb betrug in Niedersachsen in den vergangenen Jahren der Anteil an REA-Gipsen lediglich rund 10 bis 12 Prozent.“

Obwohl der Wegfall des REA-Gipses an der Situation der im Südharz abbauenden Unternehmen demnach wenig ändert, sieht das Ministerium die Notwendigkeit, weitere Abbauflächen auszuweisen: „Gleichwohl stehen auch die Unternehmen, die Spezialgipse erzeugen bzw. verwenden, vor dem Problem der endlichen und durch den Wegfall des REA-Gipses noch stärker beanspruchten Rohstoffbasis. Entsprechend sind die in Südniedersachsen tätigen Unternehmen auch zukünftig auf einen Gipsabbau in den dortigen Lagerstätten angewiesen, da ein Ersatz von Naturgips bei der Herstellung von hochwertigen Spezialgips-Produkten nach heutigem Stand nicht hinreichend möglich ist.“

Wir hatten auch die Niedersächsische Staatskanzlei von Ministerpräsident Weil um eine Stellungnahme zum Thema gebeten. Mit Hinweis auf die Äußerungen des Umweltministers, die im Widerspruch zu den Aussagen des Landwirtschaftsministeriums stehen, fragten wir: „Hat die Landesregierung überhaupt eine abgestimmte Position zum Thema Gipsabbaugebiete im Landkreis Göttingen, wenn ja, wie kann diese beschrieben werden?“ Weiter fragten wir nach dem Gipskompromiss, den die Staatskanzlei in einem Schreiben an den BUND vom Juli 2019 – also nach dem Beschluss zum Kohleausstieg – noch ausdrücklich bestätigt hatte und erklärte, eine großräumige Festlegung von neuen Vorranggebieten Rohstoffgewinnung Gips komme „aufgrund der Konfliktträchtigkeit nicht in Betracht“ (wir berichteten). Wir wollten von der Staatskanzlei wissen: „Welche Verbindlichkeit hat dieser Kompromiss für Ministerpräsident Weil? Sehen Sie die Notwendigkeit, diese Vereinbarung zu ändern?“

Die Staatskanzlei hat uns am vergangenen Freitag wie folgt geantwortet: „Bis heute läuft die Frist für Stellungnahmen zum LROP-Entwurf. Wie bei solchen Verfahren üblich, wird die Landesregierung anschließend die unterschiedlichen Eingaben zunächst einmal auswerten.“